Methoden eng miteinander verflochten. Sie manipulieren Börsenkurse, organisieren den betrügerischen Bankrott von Unternehmen und betreiben einen schwunghaften Handel mit Rauschgift und gestohlenen Wertpapieren. Sie beherrschen weitgehend die Glücksspielindustrie, aus der sie schon 1970 etwa 6 bis 7 Milliarden Dollar Profit realisierten.^{10,11}

In der bürgerlichen Literatur wird das organisierte Verbrechen häufig als das Handeln von Familienclans und Organisationen dargestellt, die am Rande oder außerhalb der Legalität operieren, vielerlei Kontakte zu örtlichen Staatsorganen unterhalten und diese für sich ausnutzen, insgesamt aber von der Staatsmacht kriminalisiert und mit mehr oder weniger Erfolg verfolgt werden. Tatsächlich sind die Verbrechen syndikate heute nicht nur mit der Geschäftswelt und den örtlichen Behörden, sondern über schwer durchschaubare Kanäle (z. B. durch finanzielle Beteiligungen, Bestechung, Erpressung) mit Mitgliedern der Bundeskommissionen, Abgeordneten, Staatsanwälten und leitenden Mitarbeitern der Polizei verbunden.

Eine soziologische Untersuchung ergab, daß sich ein abgestuftes System von Bestechungen herausgebildet hat, mit dessen Hilfe die Verbrechen syndikate ihre Beziehungen zu den staatlichen Organen der verschiedenen Ebenen gestalten.¹¹ Etwa 5 Milliarden Dollar erhält allein die Polizei, was rund der Hälfte des Gehaltsvolumens aller Polizeibeamten entspricht. Dies hat es den Verbrechen syndikaten in einigen Fällen sogar möglich gemacht, die zu ihrer Bekämpfung geschaffenen Spezialeinheiten der Polizei zu überwachen und weitgehend wirkungslos zu machen. Hiernach kann es nicht überraschen, daß sich die Gangsterbosse und ihre Beauftragten nur sehr selten einer strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt sehen. Von der Strafverfolgung wird meist nur dann Gebrauch gemacht, wenn einzelne spektakuläre Verbrechen das allgemeine Interesse auf die Verbrechen syndikate gelenkt haben und zur Beruhigung der Öffentlichkeit ein staatliches Eingreifen unumgänglich ist. Allerdings wurde dadurch bisher keines der Syndikate ernsthaft in seinem Wirken behindert.

Das organisierte Verbrechen stellt keinen Fremdkörper innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft dar, sondern bildet — wie in einer US-amerikanischen Untersuchung anerkannt wird — einen „Bestandteil des sozialen und politischen Systems dieser Gesellschaft“. Diese Untersuchung gelangt gewissermaßen zwangsläufig zu der richtigen Schlußfolgerung, daß „durchgreifende Erfolge bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens erst unter Bedingungen einer Veränderung dieses Systems erwartet werden können“.¹²

Wirtschaftskriminalität

Eine ähnliche Situation besteht hinsichtlich der Wirtschaftskriminalität, die — nach der amtlichen Kriminalstatistik — nur etwa 3 bis 5 Prozent der Gesamtkriminalität beträgt, jedoch ganz beträchtliche Schäden anrichtet. Der durch Wirtschaftsdelikte jährlich verursachte Schaden wurde schon zu Beginn der 80er Jahre mit etwa 100 Milliarden Dollar beziffert, was etwa 2 bis 4 Prozent des Bruttosozialprodukts der USA ausmachte.¹³ Besonders stark zugenommen haben Fälle der sog. Computerkriminalität (Computermanipulation, Computerspionage, Softwarediebstahl). Aber auch die Zahl der Produktfälschungen, vor allem der Arzneimittelfälschungen, ist beachtlich angestiegen.

US-amerikanische Kriminologen bezeichnen die Wirtschaftskriminalität als Weiße-Kragen-Kriminalität. Das sind Straftaten „ehrbarer“ Bürger, die in leitenden Funktionen in Politik und Wirtschaft tätig sind, denen Ämterkauf und Schmiergeldzahlungen im Interesse des Profits ganz selbstverständlich sind.¹⁴ Es liegt auf der Hand, daß der tatsächliche Umfang dieser Straftaten im dunkeln bleibt.

Organisiertes Verbrechen und Wirtschaftskriminalität sind in ihrer Verflochtenheit heute schon nicht mehr klar voneinander abzuheben. Die kriminellen Praktiken der Verbrechen syndikate und das kriminelle Geschäftsgebaren der Monopole unterscheiden sich nicht prinzipiell, sondern lediglich graduell. Der Kriminologe R. Quinney formuliert das so: „Der Unterschied besteht darin, daß das legale Geschäftsunternehmen zeitweise im Rahmen des Gesetzes operiert, während das organisierte Verbrechen die meiste Zeit außerhalb des Gesetzes operiert.“¹⁵

Die Rolle der repressiven Strafpolitik

Der imperialistische Staat und seine Ideologen sind weder imstande, die Kriminalität in ihrem sozialen Wesen zu erklären, noch dazu, sie wirksam zu bekämpfen. Die Kriminalität wird nicht als Ausdruck sozialökonomischer Krisenprozesse —

wie der Massenarbeitslosigkeit, Armut und gesellschaftlicher Degradation großer Teile der werktätigen Bevölkerung —, sondern als Fehlentwicklung einzelner Menschen behandelt. Da die Kriminalitätsursachen ihre sozialen Wurzeln im kapitalistischen Ausbeutungssystem haben, gibt es keine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Bekämpfung der Kriminalität. Bekämpft wird nicht die Kriminalität als soziale Erscheinung, sondern die einzelne Straftat. Der einzelne Täter soll durch die Anwendung des Strafrechts als Repressionsinstrument isoliert werden.

Als Präsident Nixon Ende der 60er Jahre den nationalen Krieg gegen das Verbrechen erklärte, ging er davon aus, daß „der einzige Weg zur Bekämpfung des Verbrechens der Weg ist, mit dem das Verbrechen unsere Menschen attackiert — ein Weg ohne Gnade“.¹⁶ Damit lebte die für die konservative Strafrechtslehre in den USA typische Auffassung vom Strafrecht als Instrument der Abstrafung und Abschreckung besonders auf. Nach dieser Lehre soll die Höhe der Strafe nicht mehr in erster Linie davon bestimmt sein, ob sie dem Straftäter gegenüber „fair“, d. h. seiner individuellen Tatsache angemessen ist, sondern davon, ob der Täter damit als möglicher künftiger Krimineller ausgeschaltet werden kann. Demgemäß plädieren die Vertreter dieser Lehre für ein extrem hartes Vorgehen gegen Straftäter.¹⁷

Zur Durchsetzung dieser „harten Linie“ bei der „Wiederherstellung von law and order“ (Recht und Ordnung) wurde von der Nixon-Administration eine Reihe von Bundesgesetzen verabschiedet.

So führte der Organized Crime Act von 1970 den Begriff des sog. gefährlichen Straftäters (dangerous criminal) ein. Nach der Legaldefinition handelt es sich dabei um Täter, die innerhalb von fünf Jahren nach ihrer ersten Verurteilung erneut straffällig werden. Fällt der Täter unter diese Kategorie, so liegt es im freien Ermessen des Gerichts, den Betroffenen zu einer Freiheitsstrafe von maximal 20 Jahren zu verurteilen, und zwar ohne Rücksicht auf die Art und die Qualität des Delikts, dessen er gerade angeklagt ist.¹⁸

1971 legte eine Regierungskommission den ersten Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs vor. Begründet mit der Notwendigkeit der Vereinheitlichung und Effektivierung des USA-Bundess traf rechts, reflektierte diese Gesetzesvorlage die Vorstellungen der Verfechter der harten Linie in der Strafverfolgung. Das zeigte sich sowohl in der Einführung neuer bzw. verschärfter Straftatbestände und in der Anhebung der Strafmaße als auch in einer Erweiterung der Befugnisse der Strafverfolgungs- und Justizbehörden.

Dieser Entwurf eines neuen USA-Strafgesetzbuchs stieß in der Öffentlichkeit auf Ablehnung. Seit 1971 wurde er immer wieder in parlamentarischen Fachausschüssen diskutiert. Über seine Endfassung war jedoch bisher keine Einigkeit zu erzielen.

Dies hinderte aber die herrschenden Kreise nicht, ihre harte Linie in der Strafverfolgung immer stärker durchzusetzen. US-amerikanische Kriminologen stellten fest, daß „unter der Nixon-Administration ein Rechtsruck einsetzte, ein qualitativer Wandel in der repressiven Strafpolitik, der sich unter den folgenden Administrationen fortsetzte. In der Dekade von 1971 bis 1981 zeigte sich das im ständigen Ansteigen der inhaftierten und überwachten USA-Bürger und in der anwachsenden Strenge der Bestrafung“.¹⁹

Verschärfung der Strafgesetzgebung und der Strafverfolgung unter der Reagan-Administration

Der Amtsantritt der Reagan-Administration führte zu einer Verschärfung der harten Linie. Es wurde noch deutlicher als

10 Vgl. Handwörterbuch der Kriminologie, Bd. III, Berlin (West)/New York 1975, S. 481.

11 Vgl. H. Abadinsky, Organized Crime, Boston 1981, S. 195.

12 A. A. Block/W. J. Chambliss, Organizing Crime, New York 1981, S. 210.

13 Vgl. „Wirtschaftskriminalität in den USA“, NJ 1984, Heft 10, S. 412 f., und die dort angegebenen Quellen.

14 Vgl. z. B. W. Middendorf, „Florida oder Nerzmantel? — Wirtschaftskriminalität in kriminologischer Sicht“, Kriminalistik (Heidelberg) 1985, Heft 5, S. 276 f. (Auszug in NJ 1985, Heft 10, S. 420).

15 R. Quinney, Criminology, 2. Aufl., Boston/Toronto 1979, S. 204 (zitiert nach E. Buchholz/K.-H. Röder, „Bemerkenswerte Erkenntnisse eines kritischen Kriminologen aus den USA“, NJ 1982, Heft 3, S. 115).

16 Zitiert nach W. M. Bagby, Contemporary American Social Problems, Chicago 1981, S. 81.

17 Vgl. dazu A. v. Hirsch, „Gegenwärtige Tendenzen in der amerikanischen Strafzumessungslehre“, Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (Berlin/West/New York) 1982, Heft 4, S. 1059 ff.

18 Vgl. B. Apter, Social Functions of Prisons in the US, New York 1976, S. 57.

19 T. Platt/P. Takagi, „Law and order in the 1980's“, Crime and Social Justice (San Francisco) 1981, Heft 15, S. 1.